

Aussenpolitik



Unabhängigkeit und Selbstbestimmung.

Die SVP setzt sich für die Wahrung einer unabhängigen und neutralen Schweiz ein. Der Ausverkauf der Schweizer Souveränität und Selbstbestimmung durch die politischen Eliten muss gestoppt werden. Deshalb darf unser Land nicht weiter schleichend in internationale Gebilde, wie etwa die EU, eingebunden werden. Die SVP bekennt sich auf der Basis der Neutralität zu einer glaubwürdigen Politik der guten Dienste, der Vermittlung und der humanitären Hilfe.



“ Wir Menschen sind glücklich, wenn wir frei und selbstbestimmt leben. So ist unser Wesen. Weil unsere Vorfahren diesen Grundsatz begriffen und geachtet haben, ist die Schweiz heute so erfolgreich. ”

Verfassung missachtet

Das Ziel der Schweizer Aussenpolitik ist in Artikel 2 der Bundesverfassung festgeschrieben: «Die Schweizerische Eidgenossenschaft schützt die Freiheit und die Rechte des Volkes und wahrt die Unabhängigkeit und Sicherheit des Landes.» Das Volk als Souverän bestimmt in Freiheit und Unabhängigkeit über die Geschicke und die Zukunft der Schweiz. Diese in unserer Bundesverfassung verankerten Werte wie Freiheit, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit und Neutralität werden von Bundesrat, Bundesverwaltung, aber auch von Gerichten und verschiedenen Rechtsprofessoren schleichend unterwandert.

Neutralität wird ausgehöhlt

Gerade das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) bemüht sich kaum mehr um eine neutrale Haltung in Konflikten. Diplomaten und Bundesräte lassen sich lieber im Scheinwerferlicht feiern und schlagen sich offen auf eine Seite in machtpolitischen Auseinandersetzungen. Dabei würde es der Schweiz besser anstehen, wenn sie eine umfassend neutrale Haltung einnehmen würde, damit sie als glaubwürdige Vermittlerin zwischen Konfliktparteien ihre guten Dienste anbieten könnte. Es widerspricht auch diametral der Neutralität, wenn die Schweiz einen Sitz im UNO-Sicherheitsrat anstrebt. Dies ist aber seit Jahren der Plan der *Classe politique* in Bern. Der UNO-Sicherheitsrat ist der Ort, wo über den sogenannten Weltfrieden und somit auch über Kriege und Sanktionen bestimmt wird. Dabei eine unparteiische

Haltung einzunehmen, ist nicht möglich. Diese Einmischung in das weltweite Gerangel um Macht und Ansehen kann dem neutralen Kleinstaat Schweiz aber keinerlei Vorteile bringen.

Internationales Recht wird priorisiert

Heute wird das internationale Recht höher eingestuft als das im eigenen Land von Parlament und Volk erlassene Recht. Dies zeigt sich darin, dass immer mehr Volksinitiativen nicht oder nicht korrekt umgesetzt werden. Dieses fremde Recht, das oft trügerisch als «Völkerrecht» betitelt wird, ist aber wenig oder oft überhaupt nicht demokratisch legitimiert. Auch der Bezug zu den Menschenrechten ist irreführend. Was heute im politischen Kalkül um Macht und Einfluss als Menschenrechte bezeichnet wird, hat nichts mehr mit der anfänglichen Bedeutung zu tun, sondern ist eine Weiterentwicklung und ausdehnende Interpretation der ursprünglichen Charta der Menschenrechte durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Die internationalen Gerichte legen ihre Zurückhaltung immer mehr beiseite, mischen sich in nationales Recht ein und missachten die Verfassungen der Staaten. Selbstbestimmung und Eigenständigkeit bei der Rechtsetzung werden damit immer mehr ausgehöhlt. Die ordnungspolitische Errungenschaft der Gewaltentrennung geht verloren.

Der schleichende EU-Beitritt

Selbstbestimmung bedeutet: keine institutionelle Einbindung an die EU und damit keine aufgezwungenen Rechtsübernahmen und keine fremden Richter. Der gefährlichste Angriff auf

unsere Selbstbestimmung stellt die geplante institutionelle Anbindung an die EU dar. Der Bundesrat und die EU planen den Abschluss eines Rahmenabkommens. Dieses sieht vor, dass die Schweiz sich der Rechtsentwicklung und Rechtsprechung der EU unterwerfen muss. Damit einher geht die Übernahme der EU-Gesetze. Diese Rechtsübernahme soll «dynamisch» erfolgen. Das bedeutet im Klartext nichts anderes, als dass die Schweiz Sanktionen unterworfen werden kann, wenn sie EU-Vorgaben nicht übernimmt oder nicht so, wie es die EU gerne hätte. Ob die Schweiz im Einzelfall nach dem Gusto der EU handelt, würden EU-Richter entscheiden. Dieser unterwürfige und in die Abhängigkeit führende Pfad darf nicht beschritten werden. Die Schweiz muss ihre Unabhängigkeit behalten, um ihren Wohlstand und ihren wirtschaftlichen Erfolg verteidigen zu können.

Gute Dienste

Das Engagement des Roten Kreuzes, der humanitäre Einsatz der Schweiz und der Standort des internationalen Genfs gehören zu unserem positiven internationalen Renommee und stützen die unparteiische und allseitig offene Haltung der Schweiz. Diese erfolgreiche Rolle ist jene des Sanitäters am Spielfeldrand, der rasch, unbürokratisch, unauffällig und unparteiisch Erste Hilfe leistet. Die diskreten diplomatischen Bemühungen um Frieden und Versöhnung sind den lauten Deklarationen im Rahmen des Konferenztourismus vorzuziehen. Während das humanitäre Engagement bestehen bleiben soll, muss bei der Entwicklungshilfe aufgeräumt werden. So

sollte beispielsweise das Ausrichten von Entwicklungshilfegeldern an Rücküberführungsabkommen für Asylbewerber und illegale Migranten gekoppelt werden. Statt die öffentlichen Ausgaben für Entwicklungshilfe immer weiter zu erhöhen, ist die private Spendenbereitschaft durch Steuerentlastung zu fördern.



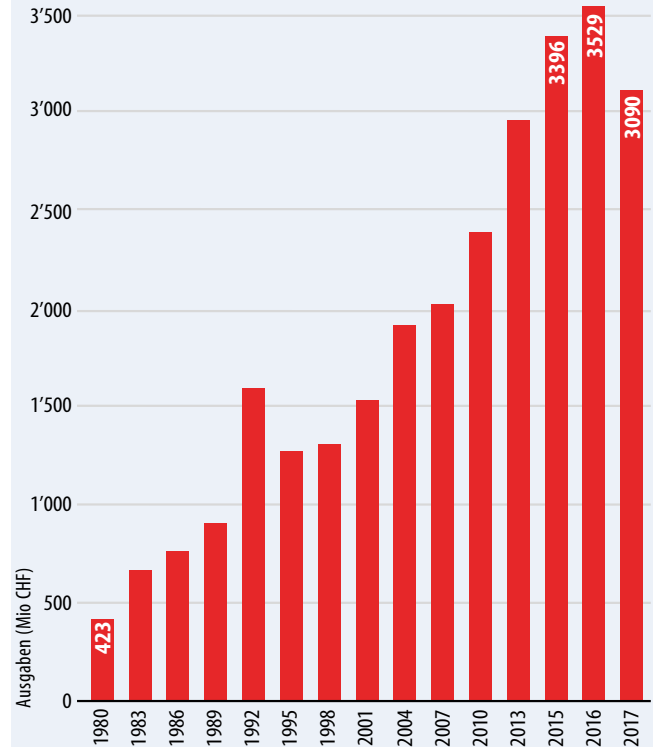
Auslandhilfe beschränken

Trotz jahrzehntelangen Zahlungen von immensen Summen Entwicklungshilfe durch den Westen, geht es etwa dem afrikanischen Kontinent nicht entscheidend besser als früher. Bürgerkriege, Korruption und Staatszerfall bedrohen viele Länder. Nach wie vor halten die Migrationsströme von Süd nach Nord an und lassen nur einen Schluss zu: Die teuren staatlichen Hilfsprojekte der letzten Jahrzehnte haben ihr Ziel verfehlt. Die Entwicklungshilfe begünstigt und ermöglicht sogar die Migration. Oft werden nicht nur öffentliche Mittel verschwendet, sondern diktatorische, korrupte Regimes und Clans indirekt am Leben erhalten. Dies zeigt, dass grosser Handlungsbedarf besteht. Die Mittel dürfen nicht erhöht werden. Endlose dauernde Entwicklungshilfeprojekte, die sich als Fass ohne Boden erweisen, sind zu unterbinden.

Unparteilichkeit zahlt sich aus

Der Bundesrat muss wieder zu einem dauernd bewaffneten, immerwährenden und umfassenden Neutralitätsverständnis zurückkehren. Umfassende Neutralität meint dabei nicht nur eine rein juristisch und militärisch verstandene Neutralität (Neutralitätsrecht), sondern zusätzlich eine gelebte Neutralität (Neutralitätspolitik), die das gesamte Handeln der Regierung in der Aussenpolitik jederzeit zur Unparteilichkeit und Nicht-einmischung verpflichtet. Die Schweiz benötigt dafür aber auch die Verteidigungsbereitschaft in Form einer einsatzbereiten Milizarmee mit genügend Personal, Budget und Material, welche die Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz erst

Über 3 Milliarden Franken Entwicklungshilfe jährlich



Quelle: DEZA Fachstelle Statistik (APD)



glaubwürdig macht. Der Bund darf keine einseitige Sanktionspolitik (diplomatisch, finanziell und wirtschaftlich) mittragen, auch nicht solche der UNO, der EU oder der OSZE.

Beziehungen zur ganzen Welt

Die Schweiz hat zudem ihre Bestrebungen zu intensivieren, mit allen Staaten und Organisationen Handel zu treiben und sich in diesem Bereich nicht einseitig auf die EU zu fokussieren. Zu dieser universalistischen Aussenhandelspolitik gehört die bewusste Diversifikation durch ausgewogene Freihandelsabkommen mit möglichst vielen Staaten, denn Handel ist die beste Grundlage für freundschaftliche Beziehungen und dauerhaften Frieden. So sind wirtschaftliche Verknüpfungen auch Ausdruck von gegenseitigen gemeinsamen Interessen. Wirtschaftspolitische Beziehungen bedürfen keiner politischen Institutionen, Organisationen und Anbindungsversuchen. Das

eigene Recht muss dem Recht bürgerferner internationaler Institutionen vorgehen. Vereinheitlichung und Gleichmacheri widersprechen sogar dem Freihandel. Freiheit, Innovation und Erfolg leben von Konkurrenz und Wettbewerb.

Erfolgreiche Schweiz dank EWR-Nein

Die Bürgerferne und die Demokratiedefizite der Brüsseler Bürokratie sind zu Recht Gegenstand ständiger Kritik. Die Schweiz ist demgegenüber in sämtlichen Ranglisten der EU überlegen: bei Standortattraktivität, Wohlstand, Sozialsystem, Verschuldung, ja sogar beim Glücksgefühl der Bürgerinnen und Bürger. Wenn die Schweiz heute nicht Mitglied der EU ist, verdankt sie dies nicht den selbstgefälligen Eliten in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Medien, sondern einzig dem Sonderfall der direkten Demokratie mit Mitspracherechten des Volkes. Und es ist das Verdienst der SVP, seit über zwei Jahrzehnten auf der Seite der Bevölkerung gegen den EU- und EWR-Beitritt gekämpft zu haben. Interessanterweise läutete der Nichtbeitritt zum EWR entgegen allen Vorhersagen und Behauptungen nicht den Untergang der Schweiz ein. Der Schweiz geht es seit den Neunzigerjahren wirtschaftlich besser denn je – dies gerade wegen der Eigenständigkeit und Unabhängigkeit. So erstaunt es, dass im Verhältnis zur EU heute wieder die alte Leier ertönt: Ohne Anbindung oder ohne weitere Abkommen mit der EU würden wir in die Armut verfallen, posaunen Verwaltung und Wirtschaftsfunktionäre ins Land hinaus. Offensichtlich ist aber diesen Angstmachern nicht zu glauben.

EU-Rahmenvertrag

NEIN



Keine Einbindung an die EU

Die Schweiz braucht zwar gute wirtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen zur EU, aber keinesfalls sind wir auf eine staatliche Einbindung angewiesen, die uns einzig in die Unterwürfigkeit führt. Bilaterale Beziehungen und Verträge in beidseitigem Interesse sind zu befürworten, aber keine EU-Integrationspolitik, die als Endziel den EU-Beitritt hat oder uns immer abhängiger und angepasster macht, bis wir schleichend doch drin sind. Die Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Schweiz sowie die Volksrechte müssen gestärkt werden. Weitere Anpassungen und Angleichungen an die EU dürfen nicht hingenommen werden. Wieso sollten wir uns einem offensichtlich schlechteren System angleichen, das geprägt ist von hoher Jugendarbeitslosigkeit, Armutssymptomen, Bürgerferne, Bürokratie und Zentralismus? Die erfolgreichen Werte der Schweiz, wie Freiheit, Unabhängigkeit, Neutralität, direkte Demokratie, Föderalismus und Marktwirtschaft, müssen unablässig verteidigt werden.

Standpunkte

Die SVP ...

- verlangt als oberste Ziele unserer Aussenpolitik die Gewährleistung von Freiheit, Selbstbestimmung, Volksrechten, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz;
- verlangt, dass die Schweiz als Kleinstaat die bewährte Leistung guter Dienste durch Diplomatie, IKRK und Korps für humanitäre Hilfe lebt, statt das Grossmachtparkett anzustreben;
- verlangt, dass die Schweiz bei internationalen Krisen Zurückhaltung übt, anstatt vorschnell mit dem Finger auf andere zu zeigen, einseitige Verurteilungen vorzunehmen und Sanktionen auszusprechen;
- verlangt, dass die Schweizer Delegierten in internationalen Gremien (z.B. UNO, OECD etc.) verstärkt die Interessen einer unabhängigen Schweiz vertreten;
- widersetzt sich dem Einsitz der Schweiz im UNO-Sicherheitsrat;
- bekämpft den schleichenden EU-Beitritt;
- setzt sich für die Weiterverfolgung des bilateralen Wegs mit der EU auf Augenhöhe ein;
- ist gegen die EU-Kohäsionsmilliarde ohne gleichwertige Gegenleistungen;
- ist für eine starke Reduktion der staatlichen Entwicklungshilfenausgaben und Verschiebung frei werdender Mittel in die AHV, zur Sicherung der Renten;
- ist für eine Befristung der staatlichen bilateralen Entwicklungshilfe. Mit den Empfängerländern ist die Befristung vertraglich zu regeln und multilateral sollen keine neuen Verpflichtungen in der Entwicklungshilfe eingegangen werden;
- verlangt, dass die Entwicklungshilfe an die Rücknahme von Asylbewerbern gekoppelt wird und die Asylausgaben vollumfänglich zur Entwicklungshilfe gezählt werden;
- strebt, unter Berücksichtigung der Landwirtschaftsinteressen, Beziehungen mit allen Staaten der Welt auf der Basis von Freihandelsabkommen an, statt sich auf die EU zu fixieren.

+ Vorteile

Das bringt mir:

- ✓ als Stimmbürger die Sicherheit, auch in Zukunft selber bestimmen zu können, welche Regeln in der Schweiz zu gelten haben;
- ✓ als Unternehmer gute Beziehungen zur ganzen Welt und weniger Bürokratie;
- ✓ als Steuerzahler die Gewissheit, nicht für die Misswirtschaft anderer Länder mitbezahlen zu müssen;
- ✓ als Bürger eine Regierung, die sich für die Interessen der Schweiz und ihrer Bürger einsetzt, statt das Rampenlicht der Weltbühne zu suchen.